



4/2018

# ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

## Libe Lucainne and Leser.

nach dem Parteitag ist vor dem Parteitag. Am vergangenen Freitag gab der Kreisverband Dresden grünes Licht zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD. Das zustimmende Ergebnis fiel denkbar knapp aus. Bei der Diskussion Kritik zu äußern, ist nicht so schwer und natürlich auch erlaubt. Den realistischen Blick auf die Situation nicht zu verlieren, scheint jedoch schwerer als gedacht. Zugegeben, nicht alles ist in unserem Sinne verlaufen. Aber gab es nicht bei jedem Koalitionsvertrag Anlass zu ähnlicher Kritik? Bei vielen Wortmeldungen vermisse ich den Blick aufs Ganze, was eine schöne politische Phrase ist, aber dennoch nicht ganz falsch.

Nach weiteren Diskussionen am Wochenende in Sachsen findet dann am Montag auf dem Bundesparteitag die innerparteiliche Diskussion ihren Abschluss. Ich hoffe, mit einem überzeugenden Votum für eine neue Koalition.

Und danach: weiter warten auf die SPD. Das ist kein guter Zustand. In vielen Dingen, vor allem außenpolitisch, fehlt die deutsche Stimme. Ganz besonders in Brüssel wird versucht, wichtige Weichenstellungen ohne Deutschland vorzunehmen. Ob bei der Diskussion um die nächste Haushaltsperiode oder bei der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit den Ländern des Westbalkans: Deutschland muss seine Interessen in den Prozess einbringen.

Und gerade wenn es ums Geld geht, hört die Freundschaft ja bekanntlich auf. Das ist in der Politik nicht anders. Wenn die europäische Gemeinschaft kleiner wird, kann das Budget nicht größer werden. Wenn neue Aufgaben zu erledigen sind, wie zum Beispiel der bessere Schutz der Außengrenzen, muss über die Reduzierung bisheriger Ausgaben nachgedacht werden, etwa bei der Landwirtschaft.

Kurzum, wir brauchen endlich eine neue Regierung, die wieder in die Speichen greift. Dies sollte den Mitgliedern in beiden Parteien klar sein, wenn sie in den nächsten Tagen ihr Votum abgeben. Die Wähler werden eine längere Hängepartie nicht dulden. Deswegen setze ich auf die Vernunft jedes Einzelnen.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen

Mas Jann

### **DIE WOCHE IM PARLAMENT**

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu der informellen **Tagung** der Staats-Regierungschefs der EU-27 am 23. Februar 2018 in Brüssel. Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs widmet sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Finanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen. Für die Unionsparteien ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden Vereinigten Königreichs sollten wir als Chance begreifen, die EU-Finanzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten.

Vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung der Region war deshalb, aber auch aufgrund unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien, ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel zu dieser vielschichtigen Gemengelage wurden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2018 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018). In zweiter und dritter Lesung hat das Parlament den Gesetzentwurf über das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018 beschlossen. Das aus Mitteln des Marshallplans stammende ERP-Sondervermögen fördert seit über 60 Jahren die deutsche Wirtschaft. Die im Jahr 2018 verfügbaren Mittel von 790 Millionen Euro erzielen durch eine Hebelwirkung ein Fördervolumen von insgesamt 6,75 Milliarden Euro. In den Fokus der Förderung stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihrer Finanzierungssituation oftmals gegenüber Großunternehmen strukturell



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

benachteiligt sind. Die ERP-Mittel werden zum großen Teil von der KfW in Form von Krediten, Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung zur Verfügung gestellt.

Bericht über die Auswirkungen der Regelungen zum Elterngeld Plus und zum Partnerschaftsbonus sowie zur Elternzeit. Der Bericht der Bundesregierung stellte die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Pro-zent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als "gute Sache" bezeichnen. Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches-Aufhebung des Werbeverbots Schwangerschaftsabbrüche. Die Unionsfraktion lehnte eine Abschaffung oder Einschränkung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche ab, denn auch das ungeborene Leben verdient besonderen Schutz. Sachliche Informationen etwa durch Beratungsstellen werden vom Werbeverbot nicht erfasst. Die Vorschrift soll aber verhindern, dass der Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit als etwas Normales dargestellt und kommerzialisiert wird.

#### SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG

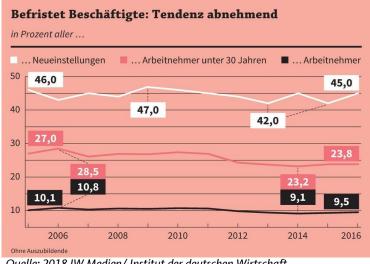
Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen war großen Streitthemen in den verhandlungen zwischen den Unionsparteien und der SPD. Auch die Partei Die Linke hat in dieser Woche im Plenum hartnäckig auf die Abschaffung dieser Befristungsvariante gedrängt. Der Blick auf die Fakten zeigt aber, dass das Problem häufig ein eingebildetes Problem ist.

Befristete Jobs sind in Deutschland heute zwar keine Ausnahme, aber auch nicht die Regel. Der Anteil der Befristungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum



verändert. 2016 war nicht einmal mehr jeder zehnte Arbeitnehmer befristet beschäftigt. Bei Jüngeren sind Befristungen zwar stärker verbreitet, aber mit klar abnehmender Tendenz. Die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer ist noch immer unbefristet angestellt.

Besonders krasse Fälle vor allem aus dem Wissenschaftsbereich sorgen in den Medien trotzdem immer wieder für Aufsehen. Und ja, wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen oder anderen Forschungseinrichtungen hangeln sich tatsächlich oft von einer Befristung zur anderen. Deshalb, so die Schlussfolgerung, gehöre die sachgrundlose Befristung abgeschafft. Für viele Betroffene klingt das natürlich erstmal gut. Das Problem ist nur: Viele Befristungen im Wissenschaftsbetrieb sind nicht sachgrundlos. Genauso wenig wie es all die



Quelle: 2018 IW Medien/ Institut der deutschen Wirtschaft

Kettenbefristungen in anderen krassen Fällen sind, in denen Menschen über fünf, zehn oder fünfzehn Jahre mit immer neuen Verträgen hingehalten werden. Sachgrundlose Befristungen nämlich schon heute zeitlich begrenzt. Maximal zwei Jahre darf ein Arbeitgeber einen Angestellten beschäftigen, dann ist Schluss. Lange Kettenbefristungen ohne Angaben von Gründen sind damit also gar nicht möglich.

Anders sieht es bei den Befristungen mit Sachgrund aus. Sie können beliebig lange aneinandergereiht werden. Es muss nur einer der Gründe erfüllt sein, die das Teilzeit- und

Befristungsgesetz vorsieht, etwa die "Vertretung eines anderen Arbeitnehmers" oder ein "vorübergehender Bedarf". Schauen wir zurück zum Wissenschaftsbetrieb: Das Geld für eine Stelle ist hier haushaltsrechtlich oft nur bis zum jeweiligen Jahresende bewilligt und somit die Befristung sachlich begründet.

Von allen befristeten Verträgen stützt sich Erhebungen zufolge etwa die Hälfte auf einen Sachgrund. Für diese Hälfte änderte sich nichts, würden sachgrundlose Beschäftigungen abgeschafft. Deshalb haben CDU und CSU in den Koalitionsverhandlungen für einen Kompromiss gekämpft. Wir haben durchgesetzt, dass es in Zukunft klare Regeln für Befristungen mit und ohne Sachgrund geben wird. Sachgrundlose Befristungen sollen längstens für 18 statt für 24 Monate zulässig sein und dürfen innerhalb dieses Zeitraums auch nur einmal verlängert werden. So bekämpfen wir den Missbrauch und ermöglichen zugleich gerade für junge Leute oder Langzeitarbeitslose eine gute Brücke in den Arbeitsmarkt. Besonders für Menschen mit Qualifikationsdefiziten ist es wichtig, über flexible Beschäftigungsformen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Und auch kleine Unternehmen benötigen diese Flexibilität, um erfolgreich wirtschaften zu können.

### **BEGEGNUNGEN**



Im vergangene Jahr reiste ich nach Eritrea, um vor Ort mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft ins Gespräch zu kommen. Dabei wurde deutlich, welches Potential das Land im Bergbaubereich hat und welche Möglichkeiten auch für deutsche Firmen bestehen. Ich hatte deshalb Unterstützung für Wirtschaftstreffen im Raum Dresden angeboten. Zusammen mit der IHK Dresden konnte ich nun eine kleine Wirtschaftsdelegation aus Eritrea in Dresden Gemeinsam begrüßen. haben die unterschiedlichen Gegebenheiten für wirtschaftliche Entwicklung in unseren Ländern erörtert und Chancen für zukünftige Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und politischen Rahmen beraten.



Im Rahmen eines Dialogprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung habe ich eine Delegation aus Uganda im Bundestag begrüßt. Während ihres Deutschlandaufenthaltes setzten sich die Teilnehmer mit den Themen Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung auseinander. Uganda ist eines der am stärksten dezentralisierten Länder der Welt. Die

wichtigste Ebene der lokalen Selbstverwaltung sind die mittlerweile über 100 Distrikte. Mit den Vorsitzenden der Distrikte Gulu (Norduganda), Iganga und Kamuli (Ostuganda), Kabarole und Rubanda (Westuganda) sowie Masaka (Zentraluganda) habe ich über die politischen Strukturen der Bundesrepublik und die Herausforderungen der Kommunalpolitik gesprochen. Dabei berichtete ich auch von meinen Erfahrungen im Übergangsprozess 1989/1990.



Spannende Einblicke in eine innovative Technologie konnte ich beim **Dresdner Unternehmen CREAVAC** gewinnen. CREAVAC erzeugt mit modernsten Verfahren **Beschichtungen und Vakuumanlagen mit Erfolg auf dem Weltmarkt**. Um immer auf dem aktuellen Stand der Entwicklung zu bleiben, wird eng mit Forschungseinrichtungen zusammengearbeitet. Nach einem Gespräch zur politischen Situation und wirtschaftspolitischen Erfordernissen konnte ich mir bei einer **umfassenden Werksführung** ein Bild über die derzeitige Produktion machen.

#### **TERMINE**

24.02.2018, Dresden

Mitgliederforum der Sächsischen Union

26.02.2018, Berlin

Bundesparteitag CDU Deutschlands

27.02.2018, Berlin

Abendessen mit dem Präsidenten der Republik

Ghana, S.E. Nana Akufo-Addo

02.03.2018, Berlin

Gespräch mit Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943 Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb